

BUNDESHAUSHALT

„Die Ampel kann die AfD-Stiftung nicht jedes Jahr aufs Neue ausschließen – das ist auch juristisch heikel“

- Ausschuss stellt Haushalt vor: 2022 ist keine Förderung für Erika Steinbach und ihre Desiderius Erasmus-Stiftung vorgesehen
- Meron Mendel fordert die Bundesregierung auf, ein Stiftungsgesetz zu verabschieden
- „Die DES ohne gesetzliche Grundlage auszuschließen, könnte die Situation sogar verschlimmbessern – die Ampel liefert eine Steilvorlage für Steinbachs Opferinszenierung“

Auf Druck zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen, die einem Aufruf der Bildungsstätte Anne Frank folgten, hat die Bundesregierung der AfD-nahen Desiderius Erasmus-Stiftung vorerst kein Geld im Haushalt zugesichert.

Die ist ein wichtiger Etappensieg für den Schutz der Demokratie – aber er basiert auf einer wackligen Grundlage, kommentiert Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank:

„Wir sind zwar erleichtert, dass die Desiderius Erasmus-Stiftung in diesem Haushaltsjahr kein Steuergeld für ihr extrem rechtes Bildungsprogramm erhält. Damit kommt nach Jahren der Apathie von der Politik endlich ein Signal. Aber es ist noch längst nicht stark genug: Wir fordern schon lange ein Stiftungsgesetz, das die Finanzierung der parteinahen Stiftungen endlich gesetzlich und für alle transparent regelt – und sicherstellt, dass nur diejenigen Stiftungen staatlich gefördert werden, die sich an die Spielregeln einer demokratischen Gesellschaft halten. Es ist völlig klar, dass wir dieses brisante Thema nicht jedes Jahr aufs Neue verhandeln und den Haushaltspolitiker*innen überlassen können – das ist auch juristisch heikel.“

Denn ohne gesetzliche Grundlage könnte die Erasmus-Stiftung letztinstanzlich nicht nur Recht bekommen, sondern hätte auch Anspruch auf Nachzahlung in Millionenhöhe. „Das Agieren der Ampel-Regierung könnte die Situation sogar verschlimmbessern – sie liefert schon jetzt eine Steilvorlage für Steinbachs neurechte Opferinszenierung“, warnt Mendel.

Schon strickt Erika Steinbach einen Zusammenhang zwischen der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik und autokratisch geführten Ländern, indem sie am Mittwoch bei Twitter schreibt: „Wenn Ungarn so mit seiner Opposition umginge, wie es hier in Deutschland inzwischen Alltag ist, dann wäre aber EU-weite Empörung zu vernehmen.“ (18.5.2022)



Laut Mendel ist es höchste Zeit, in Deutschland endlich eine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung parteinaher Stiftungen auf den Weg zu bringen. „Wir wollen die Ampel an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag erinnern: Es gilt, diese Gesetzeslücke zu schließen und zu verhindern, dass wir rechtsextreme politische Bildung aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Die Ampel muss sich zu einem Stiftungsgesetz durchringen, sonst fördern wir aus Steuergeld eine extrem rechte Kadenschmiede mit besten Verbindungen ins rechtsextreme Milieu, deren Programm antisemitische, verschwörungstheoretische und demokratiezersetzende Einstellungen befeuert.“

In Vorstand und Kuratorium der Desiderius Erasmus-Stiftung finden sich neben der Vorsitzenden Erika Steinbach Personen, die in der rechtsextremen Szene aktiv sind und direkte Verbindungen in das rechtsextreme Umfeld der Identitären Bewegung und des vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuften „Institut für Staatspolitik“ sowie den Antaios-Verlag von Götz Kubitschek unterhalten.

Im Haushaltsentwurf ist wie jedes Jahr der Posten von rund 700 Millionen Euro zur Finanzierung parteinaher Stiftungen enthalten, ohne dass diese mit inhaltlichen Kriterien verknüpft wäre. In der Vergangenheit war aus diesem Umstand ein Gewohnheitsrecht entstanden, demzufolge Stiftungen dann finanziert wurden, wenn sie „eine dauerhaft ins

Gewicht fallende politische Grundströmung repräsentieren“ (BVG-Urteil von 1986). Wann dies der Fall ist, wurde allerdings nie exakt definiert.

NGOs wie Transparency International fordern schon seit Jahren eine transparente gesetzliche Regelung für die staatliche Förderung der Partei-nahen Stiftungen.

Weitere Informationen

Die Bildungsstätte Anne Frank beobachtet die Aktivitäten der Erasmus-Stiftung und ihres Führungspersonals seit 2018 und klärt seit Ende 2020 im Rahmen der Kampagnen „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ und „Kein Geld für die AfD“ über die AfD-Stiftung auf.

Die kurz vor der Bundestagswahl gestartete Website www.kein-geld-fuer-die-afd.de bietet – neben vielen Informationen zum Thema – Unterstützung dabei, ausgewählte Politiker*innen anzuschreiben und sie dazu aufzufordern, dass sie die Finanzierung aus Steuergeldern verhindern müssen. Die Aktion stieß auf großen Anklang – 100.000 Emails sind an Politiker*innen und Abgeordnete verschickt worden.

Prominente Künstler*innen, Organisationen und Influencer*innen wie Marc-Uwe Kling und das Känguru, Comic-Zeichner Ralf Ruthe, der Autor Max Czollek oder der Comedian Jan Böhmermann warnen vor der DES.

Zuletzt belegte die Studie der Otto Brenner-Stiftung „Politische Bildung von Rechtsaußen“ die Aktivitäten und Vernetzungen der DES-Funktionäre in der extremen Rechten (<https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/politische-bildung-von-rechtsaußen/>)



zdf Magazin Royal, 8.10.2021

DIE KÄNGURU-COMICS



06.09.2021, erschienen bei Twitter @realMarcUwe

Im Juni hatte die Bildungsstätte Anne Frank ein Bündnis zahlreicher **Organisationen der Zivilgesellschaft** initiiert, das in einem **„Manifest für die politische Bildung“** vor der Desiderius-Erasmus-Stiftung warnt und die Fraktionen im deutschen Bundestag dazu auffordert, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, das u.a. den Ausschluss von Verfassungsfeinden von der öffentlichen Förderung sicherstellt.

Erstunterzeichnende: Amadeu Antonio Stiftung, Bildungsstätte Anne Frank, Compact e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Fridays for Future, Gesicht Zeigen, Katholische Akademie Rabanus Maurus, medico international, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Pro Asyl, Stiftung Topographie des Terrors, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland.

www.stiftungstrick-der-afd.com/manifest-der-zivilgesellschaftlichen-organisationen/
<https://aktion.compact.de/rechtsextremismus/afd-stiftung/teilnehmen-2>

Zusammen mit dem ehem. MdB Volker Beck hat die Bildungsstätte am 21. April ein Eckpunktepapier für ein ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘ vorgestellt: Das Papier argumentiert, dass und wie die politische Bildung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden kann – eine Art **Demokratie-TÜV für politische Stiftungen**

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/Pressekit_Demokratie-TÜV.pdf

Im Kampagnenvideo „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ warnen Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur vor der DES – u.a. der ehem. CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz, die ehemalige **Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete**, der **Kabarettist Max Uthoff** (Die Anstalt), die deutsch-französische Journalistin **Beate Klarsfeld** und **Christoph Lübcke**, Sohn des ermordeten CDU-Politikers vor der DES.

www.stiftungstrick-der-afd.com
www.youtube.com/c/BildungsstaetteAnneFrank

2018 initiiert die Bildungsstätte einen Offenen Brief namhafter Wissenschaftler*innen und Expert*innen im Feld der historisch-politischen Bildung an Bundesinnenminister Horst Seehofer unter dem Stichwort **„Kein Geld für Geschichtsrevisionismus“** und warnt als erste Akteurin öffentlich vor der Gefahr durch die öffentliche Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung

<https://www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus>

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompass) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen.

Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#KeinGeldFürDieAfd
#NoAfDStiftung

Eva Berendsen

Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main